



DAS MANIFEST VON PARIS



CONFEDERATION
**SYNDICAT
EUROPÉEN
TRADE UNION**



WWW.ETUC.ORG

**13TH CONGRESS
PARIS**
29/9 - 2/10/2015





SOLIDARISCH FÜR HOCHWERTIGE ARBEITSPLÄTZE, ARBEITNEHMERRECHTE UND EINE GERECHTE GESELLSCHAFT IN EUROPA EINSTEHEN

1. Der EGB vertritt alle arbeitenden Menschen in Europa. Seine Aufgabe ist es, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten - durch Verhandlungen, mit Kampagnen und Aktionen.
2. Der EGB steht für ein besseres Europa, aufgebaut auf Solidarität und Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt, Frieden und Demokratie. Darum kämpft der EGB für nachhaltiges Wachstum, Vollbeschäftigung, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, faire Entlohnung, gute öffentliche Dienstleistungen, Aus- und Weiterbildung, gerechte Besteuerung, gute Regierungsführung, freiwillige und faire Mobilität, Geschlechtergleichheit und die Einhaltung von Grundrechten. Er fordert ein anderes wirtschaftliches Modell für Europa und die Welt und eine Entwicklung, die Menschen und Umwelt respektiert.
3. Europa befindet sich als Folge der Banken- und Finanzkrise in einer lang anhaltenden Stagnation und in einem wirtschaftlichen und sozialen Umbruch. Überall in der EU leiden Menschen. Darunter leiden Menschen in der gesamten EU. Falsche Politiken haben Armut und soziale Ungleichheit durch Kürzungen bei Löhnen, sozialer Sicherheit und öffentlichen Ausgaben vergrößert. Die Folgen: hohe Arbeitslosigkeit, Deregulierung des Arbeitsmarktes und zunehmend prekäre Arbeit - vor allem für Frauen, junge und ältere Arbeitnehmer, Migranten und gering qualifizierte Arbeitnehmer - erzeugt.
4. Strukturreformen und die im EU-Fiskalpakt beschlossenen Wirtschaftspolitiken - die der EGB abgelehnt hat - ersticken Nachfrage und Wachstum, schaffen das Risiko einer Deflation, und untergraben die industrielle Basis, die entscheidend für eine langfristige Erholung ist. Einschnitte erhöhen die öffentliche Verschuldung, verschlechtern öffentliche Dienstleistungen und vernichten Arbeitsplätze. Demokratie am Arbeitsplatz und industrielle Demokratie, sozialer Dialog, Anhörung und Tarifverhandlungen werden ignoriert oder in vielen Ländern unterlaufen.
5. Diese Politik hat Divergenzen zwischen Bürgern und Ländern vergrößert. Wachsende Ungleichheit treibt die Menschen auseinander, entfremden sie von demokratischen Kernwerten, dem europäischen Projekt und fördern die Unterstützung für gefährliche extremistische Ideologien.
6. Wir fordern eine andere Vorgehensweise, mit einer Politik, die unsere Werte und Ziele in ganz Europa und der ganzen Welt achtet und fördert. Dies erfordert eine stärkere Anerkennung des Rechts des Europäischen Gewerkschaftsbunds am EU-Entscheidungsprozess beteiligt zu werden.

A. Eine starke Wirtschaft, die den Menschen dient

- Wir fordern Investitionen für Vollbeschäftigung und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle.
- Ein Ende der Austeritätspolitik.
- Wir fordern bessere Löhne, um Binnennachfrage und die Wirtschaft anzukurbeln. Arbeitnehmer in Europa brauchen eine mehr Lohn, um Ungleichheiten zu verringern und die Armut zu bekämpfen.
- Soziale Grundrechte müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben.
- Wir fordern Richtlinien für grüne Arbeitsplätze, für eine nachhaltige Zukunft, starke öffentliche Dienstleistungen, Steuergerechtigkeit, ein Ende der Finanzspekulation und eine überarbeitete europäische Regierungsführung.

B. Stärkere Gewerkschaften für demokratische Werte und Demokratie bei der Arbeit

- Sozialer Dialog und Tarifverhandlungen müssen in ganz Europa geachtet und gestärkt werden.
- Wir wollen mehr Demokratie am Arbeitsplatz und eine industrielle Demokratie, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Streik..
- Wir fordern die Beteiligung des EGB an der Entscheidungsfindung in Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU.

C. Ein Kern ehrgeiziger Sozialstandards

- Wir fordern die Umsetzung eines Rahmens für Arbeits- und Sozialrechte, der auf sozialen Fortschritt ausgerichtet ist..
- Wir fordern ein Ende von Sozialdumping und Deregulierung.
- Wir wollen faire und gleiche Behandlung für alle Arbeitnehmer, ohne Diskriminierung.

7. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU sollte menschenwürdige Löhne und ausreichende Sozialleistungen als Motor der Wirtschaft unterstützen, und die Binnennachfrage und das Wachstum stärken. Arbeitnehmer in Europa brauchen mehr Lohn. Der EGB fordert eine von der Lohnentwicklung stimulierte Politik der wirtschaftlichen Wiederbelebung, mit besonderem Augenmerk auf die Niedriglohnpfänger..Der EGB fordert ein Ende des geschlechtsspezifischen Lohngefälles.
8. Der EGB fordert einen neuen Weg für Europa mit einem Investitionsprogramm von 2% des BIP pro Jahr für die nächsten 10 Jahre, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und nachhaltige Energiesysteme zu entwickeln, soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen zu meistern. Wir fordern öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Forschung sowie in universelle und qualitativ hochwertige Bildung, Gesundheitswesen und soziale Dienste. Spezifische öffentliche Investitionen in diesen Bereichen sollten nicht gezählt werden, besonders wenn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nationale Defizithöhen bewertet werden. Finanzielle Stabilisierung sollte durch Wirtschaftswachstum und den Verkauf von Eurobonds gefördert werden, mit einem gegebenenfalls geordneten Umschuldungsprozess.
9. Gewerkschaften auf europäischer und nationaler Ebene sollten zu Projekten angehört werden, die für eine Finanzierung im Rahmen des neuen 315 Milliarden Investitionsplans der Europäischen Kommission ausgewählt wurden. Auswahlkriterien sollten die Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen begünstigen und soziale und ökologische Ziele einschließen. Der EGB warnt vor der Anwendung von öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships, PPP) und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, die finanziellen Risiken im Zusammenhang mit ihrer Anwendung richtig zu bewerten.
10. Der EGB wird die komplette Überarbeitung der bestehenden Regelungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung fordern, damit diese fair und ausgewogen ist und keinen Druck mehr auf Löhne und Tarifverhandlungen ausübt. Die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) muss Hand in Hand mit der Stärkung der sozialen Dimension einhergehen. Soziale und ökologische Indikatoren müssen ein starker und integraler Bestandteil der wirtschaftspolitischen Steuerung werden. Auf nationaler Ebene müssen die Gewerkschaften an der Formulierung und Umsetzung der nationalen Reformpläne und in politischen Entscheidungsstrukturen, mit Unterstützung und Koordination durch den EGB, beteiligt werden.
11. Die Länder, die Teil der Eurozone sind, sind besonders voneinander abhängig, da die gemeinsame Währung direkte Auswirkungen auf die Lohnentwicklung und den sozialen Schutz hat. Daher erfordert die wirtschaftspolitische Steuerung in diesem Bereich auch eine stärkere gewerkschaftliche Koordination, vor allem mit Blick auf die Entwicklungen bei Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Löhnen. Die in der Eurozone in Kraft getretene Politik hat auch Auswirkungen auf den Rest der EU. Deshalb muss eine umfassende Reaktion der Gewerkschaften auch die Bedürfnisse der Arbeitnehmer in ganz Europa berücksichtigen.





12. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt erfordern sozial stabile Gesellschaften, welche die demokratische Debatte und die Rechtsstaatlichkeit, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, faire und progressive Besteuerung und gut regulierte Finanzinstitutionen im Dienste der Realwirtschaft respektieren. Die Europäische Zentralbank sollte ein Kreditgeber letzter Instanz mit Zielen und Kompetenzen sein - ähnlich wie im Federal Reserve System der USA. Ihr Mandat sollte überarbeitet werden, um Vollbeschäftigung und stetiges und nachhaltiges Wachstum zu begünstigen.
13. Höhere Steuern auf den höchsten Umsatz und große Vermögen sind notwendig, um Reichtum umzuverteilen und wachsende Ungleichheiten bei Einkommen zu bekämpfen, die öffentlichen Haushalte zu erweitern und Binnennachfrage und Erholung zu stärken.
14. Steuervermeidung und Steuerbetrug, Steuerumgehung, Steuerwettbewerb, Vorzugssteuersätze für Kapital, Steuerdumping und Korruption bedrohen nach wie vor unsere Gesellschaften. Sie sind nicht mit einem auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und Solidarität basierendem Europa vereinbar. Sie führen zu einem großen Verlust öffentlicher Mittel und müssen aktiv durch eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer und weltweiter Ebene bekämpft werden.
15. Der EGB unterstützt die Einführung einer umfassenden, EU-weiten Finanztransaktionssteuer (FTT), als einen ersten Schritt in Richtung einer internationalen Finanztransaktionssteuer. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, nicht den Versuchen der Lobby der Finanzindustrie nachzugeben, die Finanztransaktionssteuer zu verwässern.
16. Die EU sollte sich durch die Einführung einer Mindestquote von mindestens 25% auf eine verbindliche gemeinsam konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer einigen.

17. Der EGB lehnt prekäre Arbeit (wie Null-Stunden-Verträge) und Schwarzarbeit ab - von der vor allem Frauen, Wanderarbeiter und ganz besonders junge Menschen betroffen sind - und wendet sich gegen Scheinselbständigkeit, missbräuchliche Beschäftigungspraktiken und die Schwächung des Arbeitsschutz. Er fordert Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Wir kämpfen und verhandeln für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in den öffentlichen und privaten Sektoren mit sicheren Arbeitsverträgen, guten Arbeitsbedingungen und die Achtung der Rechte der Arbeitnehmer, die durch wirksame Sanktionen und Umsetzung gewährleistet wird, sowie für starke Kontrollsysteme und gewerkschaftliche Vertretung. Wir fordern eine koordinierte Arbeitsmarktpolitik, die auf die Verbesserung der Arbeitsnormen für alle abzielt. Die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) muss sich auf die Schaffung qualitativ hochwertiger und nachhaltiger Arbeitsplätze in ganz Europa konzentrieren. Der EGB lehnt Strukturreformen zur Demontage von Arbeitsschutzvorschriften und Tarifverhandlungssystemen ab.
18. Aktive Arbeitsmarktmaßnahmen sind notwendig, um die Beschäftigung deutlich zu erhöhen. Sie sollten darauf abzielen, Qualifikation zu verbessern und die Aussichten auf eine dauerhafte Beschäftigung in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Sektor, einschließlich für Langzeitarbeitslose, zu stärken. Besonderes Augenmerk ist auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen an der Erwerbsbevölkerung zu legen, da dies das Wachstum deutlich erhöhen kann.
19. Der EGB fordert Maßnahmen, um die Realwirtschaft zu stärken und innovative, wettbewerbsfähige und sozial nachhaltige Industrien und Dienstleistungen zu fördern. Der EGB lehnt einen vom Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus ab. Wir fordern eine koordinierte EU-Industrie- und Dienstleistungspolitik, mit Beteiligung der Gewerkschaften, um den rasanten Strukturwandel in der Wirtschaft, der durch die Digitalisierung beschleunigt wird, zu beherrschen.
20. Gut ausgebildete Arbeitskräfte, in Verbindung mit Forschung und Innovation, sind Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum. Der EGB fordert qualitativ hochwertige Bildung für alle, lebenslanges Lernen, Wissen, Forschung und Innovation am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.
21. Solidarität zwischen den Generationen und eine deutliche Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit sind erforderlich, um eine nachhaltige Zukunft für Europa aufzubauen. Junge Menschen in der EU müssen das garantierte Recht auf angemessene, qualitativ hochwertige Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb von vier Monaten Arbeitslosigkeit oder nach Abschluss der beruflichen Ausbildung („Jugendgarantie“) haben, um einen reibungslosen Übergang in den Arbeitsmarkt zu sichern. Arbeitsplätze sollten „altersfreundlich“ sein und das lebenslange Lernen fördern. Unbezahlte Praktika, Altersdiskriminierung und andere unlautere Praktiken müssen beendet werden.



22. Der EGB lehnt die weitere Liberalisierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Dienstleistungen ab. Wir fordern die öffentliche Bereitstellung von qualitativ hochwertiger Kinder- und Altenbetreuung, Gesundheit, Bildung, Ausbildungs- und Beschäftigungsdiensten für Verkehr, Wasser, Abfall und andere lebenswichtige Dienste. Investitionen in öffentliche Dienstleistungen müssen auch die Gleichstellung durch die Erhöhung des Anteils der Frauen am Arbeitsmarkt fördern.
23. Um den Klimawandel zu bekämpfen, muss die EU ehrgeizige Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen eingehen, und deren globale Umsetzung fordern. Der EGB fordert die Regierungen der Welt dazu auf, ein verbindliches, internationales Klimaschutzabkommen in Paris im Jahr 2015 zu anzuschließen. Europa sollte für einen gerechten Übergang zu einer nachhaltigen grünen Wirtschaft, die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und die Verbesserung der grünen Fähigkeiten arbeiten. Es muss Investitionen Vorrang gewähren, die nachhaltige Infrastrukturen und industrielle Erneuerung, Innovation, Forschung und Entwicklung, kohlenstoffarme Technologien und Ressourceneffizienz unterstützt. Finanzielle Unterstützung für Regionen und Branchen, die von kohlenstoffintensiven Aktivitäten abhängig sind, werden unerlässlich sein, um einen gerechten Übergang in Europa durchzuführen. Die Auswirkungen der Energiewende auf diese Regionen und Sektoren sollte besser beurteilt und berücksichtigt werden. Der EGB fordert, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Zukunft der Arbeitskräfte, die betroffen sein werden, zu sichern.



STÄRKERE GEWERKSCHAFTEN FÜR DEMOKRATISCHE WERTE UND DEMOKRATIE BEI DER ARBEIT

24. Wir fordern stärkere Tarifverhandlungssysteme und verbindliche Vereinbarungen auf nationaler Ebene für die Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor einschließlich der Arbeitnehmer in KMU, um die Qualität der Beschäftigung, Gleichberechtigung, anständige Löhne, Lohnerhöhungen und sozialen Fortschritt zu fördern. Wir fordern eine Stärkung des europäischen sozialen Dialogs, auf branchenübergreifender und sektoraler Ebene, durch verbindliche Vereinbarungen, die konkrete Ergebnisse und eine aktive Sozialpolitik durch die Europäische Kommission erreichen. Wir fordern Respekt für alle im Rahmen des sozialen Dialogs auf allen Ebenen, in Übereinstimmung mit EU-Verträgen, getroffenen Vereinbarungen.
25. Arbeitnehmer in Europa brauchen mehr Lohn. Die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern auf der jeweiligen Ebene sind das beste Instrument, um gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sichern. Die Lohnbildung muss jedoch eine nationale Angelegenheit bleiben und nach nationalen Gepflogenheiten und nach dem jeweiligen System der Arbeitsbeziehungen gehandhabt werden.
26. Gesetzliche Mindestlöhne sollten, wo Gewerkschaften sie fordern, unter Einbeziehung der Sozialpartner festgelegt werden. Die Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns sollte, wie von internationalen Organisationen befürwortet, auf bessere Standards abzielen. Diese, zusammen mit Tarifverhandlungen, werden dazu beitragen, die Armutsgefährdung von Arbeitnehmern und Sozial- und Lohndumping zu bekämpfen, und die Binnennachfrage zu fördern. In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich, Diskussionen über eine gemeinsame Referenz für nationale gesetzliche Mindestlöhne zu beginnen, die in den Ländern gelten, in denen die Gewerkschaften dies fordern.
27. Die Autonomie der Sozialpartner auf nationaler und europäischer Ebene muss respektiert werden. Wir lehnen Eingriffe von Regierungsstellen in den sozialen Dialog, in Tarifverhandlungen oder bestehende Tarifverträge ab. Arbeitsbeziehungen sollten gestärkt und Tarifverträge ausgeweitet werden, um so viele Arbeitnehmer wie möglich zu erreichen, begleitet unterstützt durch gewerkschaftliche Koordination der Tarifverhandlungen.
28. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und Kandidatenländer müssen, mit Unterstützung der Kommission, einen echten, autonomen sozialen Dialog auf allen Ebenen einführen. Indikatoren für die Überwachung und Bewertung des Sachstands und der Qualität des nationalen zwei-/dreigliedrigen sozialen Dialogs in den europäischen Ländern müssen aufgestellt werden, wo die Gewerkschaften dies wünschen.
29. Mehr Demokratie am Arbeitsplatz und in der Wirtschaft setzen voraus: volle Unterrichts- und Anhörungsrechte in Bereichen wie Umstrukturierung und geplante Veränderungen, der jeweiligen nationalen Praxis entsprechend, sowie Unternehmensmitbestimmung in Entscheidungsprozessen in den Europäischen Gesellschaftsformen. Der EGB fordert eine Richtlinie zur Einführung einer neuen und integrierten Architektur für die Arbeitnehmerbeteiligung. Aufbauend auf dem bestehenden EU-Bestand sollte die Richtlinie hohe Standards zu Unterrichtung und Anhörung setzen und ehrgeizige Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung in europäischen Gesellschaftsformen als zusätzliche Quelle für den Einfluss von Arbeitnehmern einführen.
30. Sowohl Arbeitgeber als auch die Regierungen müssen die Vereinigungsfreiheit und das Streikrecht respektieren. Diese Grundrechte dürfen nicht unterminiert werden. Wir sind entschlossen, uns jedem Angriff gegen sie zu widersetzen.

EIN KERN EHRGEIZIGER SOZIALSTANDARDS

31. Wir appellieren an Europa, eine neue, ehrgeizige Sozialagenda mit Rechtsvorschriften und einer Politik für die Arbeitnehmer in die Wege zu leiten, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, Gleichbehandlung und Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu erreichen und qualitativ hochwertige Bildung, Berufsausbildung und lebenslanges Lernen, anständige öffentliche Gesundheit und Rentensysteme für alle, qualitativ hochwertige öffentliche Dienste, stärkere Sozialschutzsysteme auf Basis von Solidarität zwischen den Generationen, weniger prekäre Arbeit und eine Verringerung der Arbeitszeit auf freiwilliger Basis zu fördern.
32. Europa ist noch weit von der die Gleichstellung der Geschlechter entfernt. Auf allen Ebenen der Gesellschaft sind weitere Schritte erforderlich, um gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und gleiche Rechte und Chancen bei der Arbeit zu sichern und die „unsichtbaren Hindernisse“ zu beseitigen. Frauen muss es erleichtert werden, in verantwortungsvolle Positionen zu gelangen. Dazu bedarf es einer bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben. Alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Diskriminierung von Frauen müssen bekämpft werden. Dazu bedarf es weiterer Fortschritte, um das Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit durchzusetzen.
33. Wir fordern ein Ende des Trends zur Deregulierung, stimuliert unter anderem durch die sogenannte Agenda zur „besseren Rechtsetzung“ und die REFIT-Initiative der Kommission, die eine Bedrohung für Arbeitnehmerschutz und Arbeitnehmerrechte darstellen. Der EGB widerspricht der Behauptung, lebenswichtige Schutzmaßnahmen seien eine „Last“ für die Unternehmen. Er besteht darauf, dass die Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den gleichen Schutz wie die in anderen brauchen. Eine Verordnung zur Sicherung guter Sozial- und Umweltstandards ist unerlässlich, auch um alle betrieblichen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken, einschließlich der neuen und sich entwickelnden Gefahren, auf konsistente Weise zu vermeiden.
34. Renationalisierungspolitiken, die Schaffung von Spaltungen zwischen Menschen und der Aufbau von künstlichen Barrieren würden unweigerlich zu Wettbewerb zwischen den Ländern führen und das Projekt Europa zerstören. Allerdings darf die Integration nicht als Vorwand dazu benutzt werden, Arbeitsbeziehungen, Sozialschutzsysteme, die soziale Sicherheit oder den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in jedem Land zu untergraben.
35. Wir fordern die Verabschiedung eines EU-Sozialfortschrittsprotokolls als Ergänzung der EU-Verträge, um Sozialdumping zu bekämpfen, und um zu unterstreichen, dass die sozialen Grundrechte Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben und respektiert werden müssen. Die Entsenderichtlinie muss revidiert werden, um den Grundsatz der Gleichbehandlung zu gewährleisten. Der EGB wird solche Vertragsänderungen ablehnen, die keine Annahme des Sozialfortschrittprotokolls umfassen.
36. Alle EU-Institutionen müssen die sozialen Grundrechte schützen, insbesondere solche, die von der EU-Grundrechtecharta garantiert werden. Die EU sollte die Vereinbarung zum Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention übernehmen und ratifizieren. Der EGB fordert die europäischen Institutionen auf, einen Weg zu finden, um die Probleme zu lösen, die durch die Stellungnahme des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) im Dezember 2014 aufgetreten sind und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen schnellen Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu ermöglichen. Die EU sollte auch der revidierten Europäischen Sozialcharta beitreten.
37. Die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung, sei es auf Grund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Nationalität, Glauben, Überzeugung, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Behinderung, Alter, Gewerkschaftszugehörigkeit oder aus anderen Gründen, ist ein EGB-Priorität. Der EGB wird Toleranz fördern und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen, insbesondere gegenüber den Arbeitnehmern ausländischer Herkunft.
38. Als Teil einer globalen Politik zur Stärkung der sozialen Sicherheit fordert der EGB eine europäische Rahmenrichtlinie über ein angemessenes Mindesteinkommen, das einheitliche Grundsätze, Definitionen und Methoden für die Mindesteinkommensregelungen in den Mitgliedstaaten festlegt, die Einkommensunterstützung mit der aktiven Inklusion und dem Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen verbindet.
39. Personen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit, Krankheit oder Behinderung sollten maßgeschneiderte Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden. Ein ganzheitlicher Ansatz und angemessene Arbeitsbedingungen könnten es ihnen ermöglichen, sich der Erwerbsbevölkerung anzuschließen.
40. Der EGB unterstützt die Freizügigkeit in der EU. Arbeitsmigranten müssen gerecht behandelt und vor Ausbeutung geschützt werden sowie, Zugang zu menschenwürdigen Arbeitsplätzen und fairer Bezahlung haben. Missbrauch durch Arbeitgeber und/oder illegitime Hindernisse und Verstöße gegen die Gleichbehandlung, die von den Regierungen festgelegt wurden, sollten identifiziert und beseitigt werden, unter anderem durch die Organisation von Arbeitsmigranten in Gewerkschaften und durch sozialen Dialog. Freizügigkeit innerhalb der EU und der EFTA sollte nicht von den Arbeitgebern als Mittel zur Unterbietung nationaler Normen oder zur Erhöhung prekärer Beschäftigung eingesetzt werden.
41. Ein Bruch des Schengener Übereinkommens wäre ein Rückschlag für den Aufbau Europas, und würde nicht zur Lösung der Probleme der nicht erfassten Einwanderung führen. Wir fordern die Verabschiedung einer ausgewogenen und fairen Reaktion der EU auf die Migrationsströme von Drittstaatsangehörigen auf der Grundlage von Solidarität und dem Schutz der Rechte der Arbeitnehmer sowie die Integration von Arbeitsmigranten in den europäischen Arbeitsmarkt, in die Gewerkschaften und in die Gesellschaft.
42. Der EGB fordert eine solide europäische Asylpolitik, die Solidarität und Zusammenarbeit der EU und der Mitgliedsstaaten zur Aufnahme der Asylanten verstärkt, damit Todesfälle an See- und Landgrenzen verhindert und Menschenhandel und unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen bekämpft werden. Ein repressiver Ansatz muss durch Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen, und die Entwicklung einer externen Migrationspolitik ersetzt werden, insbesondere präventive Maßnahmen, die in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern durchgeführt werden, um den Menschenhandel zu bekämpfen, die Lebensbedingungen zu verbessern und Konflikte zu beenden.
43. Um zu einer fairen Globalisierung beizutragen, müssen internationale Handels- und Investitionsabkommen der EU, insbesondere TTIP, gemeinsamen Wohlstand anstreben und sich auf nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung konzentrieren. Sie müssen Beschäftigung fördern, demokratische Entscheidungsprozesse, öffentliche Interessen und kulturelle Identität respektieren; öffentliche Dienstleistungen und die Umwelt schützen; durchsetzbare Arbeitsrechte auf der Grundlage von Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) enthalten. Darüber hinaus sollten sie ambitionierte Regeln zur Förderung höherer Arbeits-, Umwelt- und Technik-Standards enthalten, die durch demokratisch kontrollierbare Vertreter festgelegt werden, insbesondere in Bezug auf jede Regulierungszusammenarbeit. Sie sollten keine ISDS - Schiedsgerichte vorsehen. Alle Verhandlungen über solche Abkommen müssen auf transparente und demokratische Weise durchgeführt werden.
44. Um diese Ziele zu erreichen, wird der EGB seiner Rolle als Stimme der Arbeitnehmer vollständig gerecht werden, auch gegenüber den Arbeitgebern und den Entscheidungsträgern der EU und durch die Koordinierung gewerkschaftlicher Politik und gewerkschaftlicher Aktionen.

The ETUC is the voice of workers and represents 45 million members from 89 trade union organisations in 39 European countries, plus 10 European Trade Union Federations.



WWW.ETUC.ORG

5, Bld du Roi Albert II - B- 1210 Brussels
Tel. 00-32-2/224 04 11
Fax 00-32-2/224 04 54/55